

## **Call for Papers für PROKLA 213 (Heft 4, Dezember 2023):**

### **Wieviel 1973 steckt in 2023? 50 Jahre Brüche und Kontinuitäten**

**Frist für Exposés: 8. Mai 2023**

Schwerpunktredaktion: Tobias Haas, Philipp Köncke, Jenny Simon, Ingo Stützle, Markus Wissen

Derzeit spitzt sich die multiple Krise im globalen Gefüge zu. Unterschiedliche Entwicklungen verbinden sich zu einer Gemengelage, die den zeitdiagnostischen Eindruck eines kommenden Bruchs verstärkt: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den USA und China, die Rekordinflation und Diskussionen um eine Phase der Deglobalisierung, Krisenerscheinungen liberaler Demokratien und die Bedeutungszunahme autoritärer Staatlichkeit sowie nicht zuletzt die dramatische Zuspitzung der ökologischen Krise. Die mit dem Ende des Bretton-Woods-Systems seit 1973 durchgesetzte Ausrichtung der Weltwirtschaft und die damit verbundene geopolitische Ordnung scheinen ins Wanken geraten zu sein. Befinden wir uns heute in einer Phase des Umbruchs, ähnlich wie 1973? Wieviel 1973 steckt in unserer Gegenwart? Was an grundlegenden Veränderungen seit 1973 gilt es zu begreifen, um zukünftige Konflikte bewältigen zu können?

Dabei stellt sich die Frage, ob uns eine krisenhafte Reproduktion des Alten bevorsteht oder ob sich etwas Neues entwickelt. In der Krisendynamik zu Beginn der 1970er-Jahre schienen zumindest zeitweise progressivere Zukünfte erreichbar: mit den Erfolgen sozialistischer Bewegungen, den von Regierungen des Globalen Südens forcierten Diskussionen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung oder einer neu entstehenden Umweltbewegung. Aber mit dem Kurs der markliberalen Globalisierung wurde dieses Möglichkeitsfenster teils gewaltvoll geschlossen. Die damals eingeschlagenen Strategien zur Krisenverarbeitung veränderten die Spielregeln, um bestehende Verhältnisse zu restabilisieren – etwa die Absicherung einer profitablen Kapitalverwertung, die geopolitische Vorherrschaft der USA im kapitalistischen Lager, die Führungsrolle des US-Dollars oder die abhängige Integration des Globalen Südens in die Weltwirtschaftsordnung –, ohne allerdings die Krisenursachen grundlegend zu beheben. Sie prägen bis heute zentrale Strukturen auf geopolitischem und geoökonomischem Terrain. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis der Krisendynamiken und Krisenverarbeitungsstrategien zu Beginn der 1970er-Jahre und der aktuellen multiplen Krise. Das gilt insbesondere für die Felder der Geld- und Währungspolitik, der Ökologie, der geopolitischen Ordnung sowie für das Verhältnis von Staat und Ökonomie.

So prägen etwa die damals auf dem Feld der Geld- und Währungspolitik eingeschlagenen Strategien – der Siegeszug des Monetarismus und die neue Macht der Zentralbanken – bis heute das Geschehen. Der damalige US-Finanzminister John Connally konstatierte bereits 1971: Der US-Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem. Im gleichen Jahr kündigten die USA ihre Verpflichtung auf, ihre Währung in Gold einzulösen. Erst als die Bundesbank sich 1973 weigerte, den D-Mark-Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar weiterhin stabil zu halten, endete das Weltwährungssystem von Bretton Woods. Damit begannen ein System der freien Wechselkurse und eine verstärkte Koordination europäischer Währungen, die schließlich im Euro mündete. 1973 markierte zudem den Beginn einer neuen Geldpolitik, die für sich mehr »Neutralität« gegenüber der Finanz- und Wirtschaftspolitik beanspruchte und damit die Bedeutung von Zentralbanken für den globalen Kapitalismus wesentlich veränderte. Als erste Zentralbank der Welt entschied sich die Bundesbank gleich im folgenden Jahr, offiziell ein Geldmengenziel festzulegen und damit die Fiskalpolitik wie die Lohnpolitik unter Zugzwang zu setzen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern der damaligen EWG. Auch andere Zentralbanken der wichtigsten OECD-Länder schwenkten auf einen

monetaristischen Kurs ein, um den Geldwert zu stabilisieren. Mit dem Volcker-Schock – 1979 hob der neu eingesetzte Fed-Vorsitzende Paul Volcker den US-Leitzins plötzlich drastisch an und stürzte damit nicht zuletzt die hochverschuldeten Ökonomien des Globalen Südens in eine desaströse Schuldenkrise – wurde auch in den USA der Kampf gegen die Inflation ausgerufen. Die Geldpolitik zielte aber auch auf andere Politikfelder: Sie sollte die Arbeiterklasse schwächen und über eine Deregulierung und Liberalisierung mehr Spielräume eröffnen, um Profite zu machen.

Gleichzeitig erhöhte die eingeschlagene Geld- und Währungspolitik die Wahrscheinlichkeit von Krisen. Interessanterweise konnten die USA und die dort verankerten Kapitale die Krisendynamiken zumindest zeitweilig nutzen, um über die neu etablierte IWF-Politik der Strukturanpassung in Zahlungsnot geratene Ökonomien für westliches Kapital zu öffnen. Wie auch mit Blick auf die markliberale Reorganisation der Weltwirtschaftsordnung insgesamt gelang es damit, über die ökonomische Integrationsdynamik die politische Vormachtstellung im kapitalistischen Lager auf neue Füße zu stellen, über die zunehmende Globalisierungsdynamik hinweg zu reproduzieren und mit dem Ende der Systemkonkurrenz schließlich global durchzusetzen. Allerdings erzeugten die zu Beginn der 1970er-Jahre eingeschlagenen Strategien langfristig auch Entwicklungen, die sich heute zu neuen Krisendynamiken und Konfliktkonstellationen verdichten. Hierzu zählt etwa die 1971/72 durch die US-Regierung initiierte und gegen die Sowjetunion gerichtete Integration der chinesischen Ökonomie in die Weltwirtschaft, die im Aufstieg Chinas, einer massiven Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und Konflikten um globale Einflussphären mündete.

Nicht nur in Chile folgte auf den Putsch des chilenischen Militärs eine Militärdiktatur, die gestützt durch die Chicago Boys neoliberale Strukturreformen durchsetzte. 1976 kam in Argentinien eine Militärjunta an die Macht. Im Gegensatz zur Durchsetzung von autoritärer Staatlichkeit in Lateinamerika sind die 1970er-Jahre in Südeuropa durch ein Ende der Militärdiktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien und den Übergang zu parlamentarischen Demokratien geprägt. In den 1980er-Jahren erfolgten neoliberale Strukturreformen und der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Damit stellt sich die Frage nach den inneren Zusammenhängen von politischen und ökonomischen Umbrüchen in den 1970er-Jahren und denen der heutigen Zeit. Denn die neoliberale Globalisierung befindet sich in einer tiefen Krise und zugleich mehren sich die Anzeichen dafür, dass Staatlichkeit einen zunehmend autoritären Charakter annimmt. Dies zeigt sich etwa in den zunehmenden Regierungsbeteiligungen von rechtsradikalen Parteien und der Stärkung von staatlichen Repressionsapparaten, der durch den Krieg in der Ukraine und die dadurch ausgelöste Rüstungsspirale neuen Auftrieb erhält. Zugleich scheinen im Zuge wachsender geopolitischer Auseinandersetzungen auch verstärkt staatsinterventionistische Ansätze verfolgt zu werden, also das Verhältnis von Politik und Ökonomie neu rekonfiguriert zu werden (siehe hierzu PROKLA 208).

Aus ökologischer Sicht öffnete sich hingegen in den frühen 1970er-Jahren ein Möglichkeitsfenster. 1972 hatte der Club of Rome die »Grenzen des Wachstums« problematisiert. Im selben Jahr fand in Stockholm die erste Weltumweltkonferenz statt, in deren Folge das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet wurde. Die entstehende Ökologiebewegung kämpfte vielerorts gegen das dominante Fortschrittsdenken mit seinen zerstörerischen Konsequenzen. Im Oktober 1973 wurde infolge des arabisch-israelischen Jom-Kippur-Krieges der Ölpreis drastisch erhöht. Auch andere Rohstoffe drohten sich zu verteuern, nachdem Regierungen und Befreiungsbewegungen des globalen Südens begonnen hatten, die ungleiche Naturaneignung infrage zu stellen und eine Neue Weltwirtschaftsordnung zu fordern. In den 1970er-Jahren wurden mithin die Orientierungen, Handlungsformen und Institutionen fordistisch-neokolonialer Naturbeherrschung auf vielfältige Weise hinterfragt, alternative Lebensformen wurden ausprobiert. Dieses Möglichkeitsfenster schloss sich allerdings im weiteren Verlauf der 1970er-Jahre. In Chile, das 1972 noch Gastgeber der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) gewesen war, auf der die Debatten über eine Neue

Weltwirtschaftsordnung wesentlich geführt wurden, beendete der Putsch die Reformbemühungen. Und die Verschuldungskrise schwächte den Globalen Süden als weltpolitischen und -ökonomischen Akteur, der in der Lage gewesen wäre, eine Reform der internationalen Handels- und Rohstoffordnung einzufordern. Im Globalen Norden wurde die Kritik der neuen sozialen Bewegungen am fordistischen Kapitalismus sukzessive in ein Moment der ökologischen Modernisierung transformiert, deren Effekte gleichwohl vom Wirtschaftswachstum überkompensiert wurden. Nicht nur wurde im Globalen Norden keine Abkehr vom naturzerstörenden fossilistischen Entwicklungspfad eingeleitet, sondern Länder wie China schwenkten auf genau diesen Pfad ein, sodass sich die ökologische Krise zuspitzte.

Wir möchten den Brüchen und Kontinuitäten seit 1973 unter anderem mit folgenden Fragen nachgehen:

- Wie ist das Verhältnis der Krisendynamiken zu Beginn der 1970er-Jahre zur heutigen Situation einer multiplen Krise zu begreifen? Worin ähneln und worin unterscheiden sich die Umbruchsituationen der frühen 1970er- und der frühen 2020er-Jahre?
- Wie haben sich die Verhältnisse zwischen den Politikfeldern Geld-, Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik seit 1973 verändert und findet derzeit angesichts der multiplen Krisen eine Rekonfiguration statt?
- Welche veränderte Bedeutung kommen Geldpolitik und Zentralbanken seit 1973 zu – insbesondere in der Durchsetzung und Regulierung neoliberaler Verhältnisse und globaler Strukturen?
- Welche Bedeutung haben Zentralbanken und Hierarchie der Währungen für die Globalisierung ab den 1970er-Jahren, die weltpolitischen Verhältnisse nach 1990 und für das Verständnis der gegenwärtigen Konflikte und ihre Verarbeitung?
- Inwiefern haben die aktuelle geopolitische Konstellation und die damit verbundenen Konflikte ihren Ausgangspunkt in den Krisenbearbeitungsstrategien der frühen 1970er-Jahre? Wo sehen wir eine vergleichbare, wo eine neue Situation?
- Wie kann eine Analyse von geopolitischen Brüchen und Kontinuitäten seit den frühen 1970er-Jahren zu einem besseren Verständnis der aktuellen Situation beitragen?
- Welche Weltordnung wird angesichts des Krieges gegen die Ukraine angerufen – geht es hier um die Etablierung einer neuen oder die Reproduktion einer alten Ordnung?
- Wie gestaltet sich das Verhältnis von Staat und Ökonomie momentan? Ist im Kontext der multiplen Krise ein Wandel hin zu autoritärer Staatlichkeit zu verzeichnen und in welchem Verhältnis steht die Veränderung von Staatlichkeit zu den historischen Umbrüchen in den 1970er-Jahren? Und welche Perspektiven eröffnen sich für eine post-neoliberale Entwicklungsweise?
- Inwieweit hilft ein Rückblick darauf, wie sich das ökologische Möglichkeitsfenster der 1970er-Jahre öffnete und wieder schloss, für das bessere Verständnis der derzeitigen Zuspitzung der ökologischen Krise? Wie ist es möglich, dass die ökologische Frage de facto Staatsraison ist, gleichzeitig drängende Veränderungen dennoch verhindert werden?
- Was lässt sich aus einer Analyse der Umbrüche, Chancen und Niederlagen der 1970er-Jahre für einen progressiven Umgang mit der multiplen Krise heute lernen?

**Die Redaktion lädt zur Einsendung von aussagekräftigen Exposé von 1-2 Seiten bis zum 8.5.2023 ein.** Die fertigen Artikel sollen bis zum 28.8.2023 vorliegen und einen Umfang von 45.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen, Fußnoten und Literaturverzeichnis) nicht überschreiten. Zusendung bitte an: redaktion [at] prokla.de